

Hamburger

China-Notizen

NF 598

1. Juli 2011



Wider meine Politikverdrossenheit IV

In Kreisen der juristischen Sachkenner werden die neu erlassenen Gesetze der Bundesregierung seit langem als „Bananen-Gesetze“ bezeichnet. Jüngst geschah das dem jüngst beschlossenen „Gesetzpaket“, in dessen Mittelpunkt vor allem der sogenannte Atomausstieg steht.

Mit diesem „Bananen-Gesetze“ erinnerten solche Lästermäuler nicht nur an „Bananen-Republiken“ in Lateinamerika; sie lästerten auch über deren „grünen“ Außenanstrich, obwohl dieses Gesetzespaket von einer Regierungskoalition verkündet werden soll, die gemeinhin als Schwarz/Gelb gekennzeichnet wird.

Mit den Bananen verbindet sich aber auch mancherlei anderes: Sie werden grünschalgig in den Ursprungsländern auf die Reise zu den Konsumenten gebracht, die sich ihrer erst nach nachträglicher Reifung erfreuen mögen. Die einen bevorzugen bei ihrem Genuß ein helles Gelb bei den Färbungen der Schalen, während andere die nächste Stufe des Reifens und des Vergehens schätzen: Die Schalen schwärzen sich an den Rändern der Früchte ein, doch diese sind noch süßer geworden.

Bei dem Gesetzpaket über den beschlossenen Atomausstieg fällt vor allem ein, daß die einzelnen Gesetze noch lange der Reifung bedürfen werden, denn die Beamten in den

zuständigen Ministerien mußten sie in Tag- und Nacharbeit „zusammenschustern“, und die weiteren zuständigen Instanzen, von den Bundestagsabgeordneten angefangen, erhielten die entsprechenden Papiere meistens mit unverschämten Anschreiben. So sollte der Bundesverband Neuer Energieanbieter (BNE) über die 254 Seiten des Entwurfs eines neuen Energiewirtschaftsgesetzes ausgerechnet an dem Wochenende nach seiner Zustellung seine Einschätzungen gewinnen, abstimmen und mitteilen: drei Tage für 254 Seiten! Gleiches gilt für alle anderen Teile dieses Gesetzpakets.

Olaf Scholz von der SPD hat seinen Wahlsieg in HH nicht zuletzt dem Wort zu verdanken, mit dem er „ordentliches“ Regieren verhiß – und das paßte zu dem öffentlichen Eindruck von seiner Persönlichkeit. Was er genau darunter versteht, das werden erst die nächsten Jahre zeigen – aber die hysteriegesteuerten Handlungsweisen der Bundesregierung in Zusammenhang mit dem Atomausstieg haben mit „ordentlichem“ Regieren nichts zu tun. Alle diese schnell im Parlament „durchgepaucken“ Gesetze werden schon in einem Jahr der Novellierung bedürfen, weil sie unabgewogen oder gesetzestechnisch fehlerhaft ausgefallen sind.

Aber mit diesem Wort „durchpaucken“ hängt noch ein anderes Wort zusammen: „durchregieren“, was sich Kanzlerin Merkel vor Jahren vorgenommen hatte, „durchregieren“, nach ihrer Art und Meinung. Bei dem sogenannten Atomausstieg wäre eine Bundestagsdebatte angebracht gewesen, bei der alle damit verbundenen Risiken und Probleme ebenso hätten dargestellt werden können wie die verbreitete Furcht vor den Atomkraftwerken – im Hinblick auch auf die bald fünfzig Atomkraftwerke im benachbarten Frankreich und ökologisch wünschenswerte Streuobstwiesen in Deutschland, auch auf Kosten und sonstige Unverträglichkeiten dieser schwarzgrünen Gesetze.

Aber die Kanzlerin liebt abwägende Diskussionen nicht, weil sie dabei höchst unglücklich aussieht. Ihre Mißachtung des Parlaments hat sogar schon „ihr“ CDU-Bundestagspräsident angesprochen, und die Verfassungsrichter in Karlsruhe haben ihr eigenes Wort zu diesem Problem gesagt. Sie ist nun einmal mit der DDR-„Volkskammer“ als Scheinparlament aufgewachsen, und Politik hat sie als Funktionärin der SED-Nachwuchsorganisation Freie Deutsche Jugend gelernt. Auf solche Weise dilettiert eine Bundeskanzlerin und zeigt dem Parlament immer neu ihre Nichtachtung.